

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UwE/003(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Umwelt und Energie	Dienstag, 09.11.2004	Julius-Bremer-Str. 10 Raum 753/755	17:00Uhr	18:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Haushaltsplan 2005
 - Haushaltssatzung 2005
 - Finanzplan bis 2008
 - Stellenplan 2005Vorlage: DS0639/04
 - 4.2 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 781-3 "An den Gärten" und zur Auslegung des Entwurfes
Vorlage: DS0182/04
 - 4.3 Vereinfachte Änderung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße"
Vorlage: DS0585/04
 - 4.4 Behandlung der Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße"
Vorlage: DS0586/04
 - 4.5 Satzung zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße"
Vorlage: DS0587/04
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Schmidt, Kurt Dr.

Mitglieder des Gremiums

Canehl, Jürgen

Krause, Bernd

Schwenke, Wigbert

Veil, Thomas

Sachkundige Einwohner/innen

Bunge, Frank

Himmel, Torsten

entschuldigt fehlten:

Mitglieder des Gremiums

Frömert, Regina

Herbst, Sören Ulrich

Sachkundige Einwohner/innen

Bunk, Doris

Verwaltung

Herr Schulze

Amt 31

Frau Grünert

Amt 31, Protokoll

Herr Wrede-Pummerer

Amt 61

Frau Bartel

Amt 61

Frau Kuhnhold

FB02

Frau Bannier

FB02

Frau Heidel

FB02

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung: 4-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift

Abstimmung : 3-0-1

4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Haushaltsplan 2005 DS0639/04
- Haushaltssatzung 2005
 - Finanzplan bis 2008
 - Stellenplan 2005
-

Frau Banner - FB02 - bringt die Drucksache ein.

Sie verweist auf die geänderte Gesetzeslage. Danach sei nur noch eine Lesung im Stadtrat vorgesehen.

Sie nennt verschiedene in der Drucksache aufgeführte Eckdaten:

- Der Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt sei gegenüber dem Vorjahr weiter angestiegen, allerdings seien bereits erste Ergebnisse des Haushaltskonsolidierungskonzeptes enthalten; ein Ausgleich sei erst 2012 zu erreichen
- Der Vermögenshaushalt sei mit 135.714.000 € geringer als im Vorjahr angesetzt, trotzdem würden wichtige Investitionen durchgeführt werden
- Die Hebesätze seien unverändert, wobei es die Sonderregelungen für Beyendorf-Sohlen ab 1.1.2005 nicht mehr gäbe

Frau Banner geht kurz auf die Haushaltsansätze des Umweltamtes ein. Der Haushalt des Amtes sei in das Budget des Dezernates I eingebunden. Die erkennbaren Veränderungen seien u.a. mit dem Umzug des Amtes zu begründen.

Herr Schulze - Amt 31 - informiert, mit dem vorliegenden Haushalt seien die Aufgaben des Umweltamtes erfüllbar.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt fragt nach den Gründen für den geringer werdenden Ansatz im Konto „Unterhaltung von Schutzobjekten“. Herr Schulze führt aus, hier seien u.a. die Ausgaben für die Pflege von Naturdenkmälern (zu großen Teilen Einzelbäume) enthalten. Diese seien in den vergangenen Jahren in großem Umfang gepflegt worden. Daher sei der Pflege- und somit auch der finanzielle Bedarf nicht mehr so hoch.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt bittet um eine Aussage zu dem Aufwuchs im Konto

„Informationen...“. Herr Schulze begründet die erhöhten Ausgaben mit dem für das Jahr 2005 geplanten Umweltbericht. Dieser werde in größeren Abständen veröffentlicht - die erste und bisher letzte Ausgabe stamme aus dem Jahr 1995.

Herr Stadtrat Canehl kritisiert das Fehlen des Stellenplanes 2005. Frau Heidel merkt an, dieser habe erst in der vergangenen Woche dem Oberbürgermeister vorgelegen, er werde aber termingerecht dem Verwaltungsausschuss zur Verfügung stehen.

Herr Stadtrat Veil hinterfragt die Erhöhung der Ausgaben im Konto „Sachverständige, Gutachten“. Herr Schulze erläutert, hierbei handele es sich um das wichtigste Konto des Umweltamtes. Aus ihm seien sämtliche Vorarbeiten für gutachterliche Tätigkeiten z.B. im Bereich des Naturschutzes, des Bodenschutzes aber auch so spezielle Projekte wie die im Vormonat vorgestellte Hochwasserstudie zu begleichen. Der höhere Ansatz resultiere z.T. aus der Hinzunahme von Aufgaben im Zuge der Funktionalreform. So müsse die Verwaltung in verschiedenen Bereichen mit fachtechnischen Gutachten in Vorleistung gehen. Herr Stadtrat Veil merkt an, im Zuge der Funktionalreform entstehende Mehrkosten seien zu erstatten. Interessant sei, ob mit der Erhöhung von Ausgaben auch ein Zuwachs an Einnahmen (resultierend aus der Funktionalreform) einhergehe. Herr Schulze informiert über einen Beschluss des Oberbürgermeisters zum Übergang zweier Mitarbeiter des Landesverwaltungsamtes in das Umweltamt.

Herr Stadtrat Canehl fragt nach dem Hintergrund für die sinkenden Personalkosten. Herr Schulze verweist auf das von vielen Mitarbeitern angenommene Arbeitszeitmodell.

Herr Veil kritisiert Einsparungen bei den Personalkosten dann als zweifelhaft, wenn dadurch ein Aufwuchs bei den Gutachternkosten provoziert werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Stadtrat Dr. Schmidt nach den negativen Einnahmen bei Gebühren in 2003 erklärt Frau Banner, diese entstünden bei der Niederschlagung von Forderungen, die nicht mehr beizubringen seien.

Abstimmung DS0639/04 für den Zuständigkeitsbereich des Umweltamtes: 5-0-0

	Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 781-3	DS0182/04
4.2.	"An den Gärten" und zur Auslegung des Entwurfes	

Frau Bartel - Amt 61 - erläutert die Hintergründe des Bebauungsplanes. Mit der Aufstellung werde dem Ansinnen der Anlieger gefolgt. Für den Geltungsbereich des B-Planes sei eine eingeschossige Bebauung und eine Begrenzung der Traufhöhe vorgesehen. Der durch die Umsetzung des B-Planes entstehende Eingriff werde durch einen Pflanzstreifen als Abschluss des B-Planes kompensiert.

Herr Stadtrat Krause fragt an, ob die Ausgleichsfläche mit anderen Grünflächen vernetzt werde.

Herr Wrede-Pummerer - Amt 61 - betont, die Ausgleichsfläche sei räumlich den Flächen zugeordnet auf denen der größte Eingriff erfolge (bisher Acker). Die Abpflanzung erfolge unter Berücksichtigung dort heimischer Sträucher.

Herr Stadtrat Schwenke und Herr Stadtrat Canehl machen darauf aufmerksam, dass im Übersichtsplan der Drucksache die Ausgleichsfläche nicht enthalten sei.

Herr Stadtrat Canehl hinterfragt die Aussage in Nr. 4 des Beschlussvorschlages, eine Umweltverträglichkeitsprüfung werde nicht durchgeführt. Herr Wrede-Pummerer verweist auf die geringe Größe der B-Plan-Fläche. Eine generelle UVP-Pflicht bei der Aufstellung von B-Plänen fordere erst das neue BauGB. Herr Schulze - Amt 31 - macht auf die einzuhaltenden Stichtage bei der Anwendung des alten BauGB aufmerksam.

Herr Stadtrat Veil bittet um Aussagen zur weiteren Erschließung bei Ausweitung in nördlicher Richtung. Frau Bartel verweist auf den F-Plan.

Abstimmung DS0182/04: 5-0-0

	Vereinfachte Änderung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr.	DS0585/04
4.3.	354-7 "Albrecht-Thaer-Straße"	

4.4.	Behandlung der Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße"	DS0586/04
4.5.	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße"	DS0587/04

Frau Bartel - Amt 61 - stellt die Drucksachen vor und geht auf die vorgenommenen Änderungen ein.

Herr Bunge fragt nach den Auswirkungen der wegfallenden Grünfläche auf den Ausgleich. Frau Bartel stellt fest, diese Grünfläche sei bereits im vorhergehenden Entwurf als zur Straßenfläche gehörend bewertet worden und sei daher eingriffsneutral.

Abstimmung DS0585/04: 5-0-0

Frau Bartel - Amt 61 - stellt die einzelnen Abwägungen zur Abstimmung.

Pkt. 2.1: 4-0-1

Pkt. 2.2: 4-0-1

Pkt. 2.3: 4-0-1.

Abstimmung DS0586/04: 5-0-0

Abstimmung DS0587/04: 5-0-0

5. Verschiedenes

Herr Stadtrat Canehl verweist auf einen Artikel der Volksstimme, wonach in der OB-Dienstberatung eine Drucksache verabschiedet worden sei, die den Ausbau der B1 zum Inhalt habe. Aus seiner Sicht müsse sich der Ausschuss für Umwelt und Energie zu derartigen Bauvorhaben positionieren. Jeder Ausbau einer Straße erzeuge neuen Verkehr, aus seiner Sicht sei zudem der Ausbau nicht erforderlich. Zu berücksichtigen sei zudem, dass der geplante Ausbau ca. 380.000 € städtischer Mittel binde. Herr Canehl bittet den Ausschuss von seinem Selbstbefassungsrecht Gebrauch zu machen, falls eine Beratung der Drucksache im UWE nicht vorgesehen sei. Der Ausschussvorsitzende befürwortet die Diskussion über die angesprochene Drucksache. Voraussetzung sei jedoch, dass zunächst allen Ausschussmitgliedern der Inhalt der Drucksache bekannt sei. Herr Stadtrat Schwenke betont, eine politische Diskussion zum Ausbau der B1 sei zunächst in den Fraktionen zu führen. Herr Stadtrat Krause stellt fest, es sei legitim einen Meinungsbildungsprozess in Gang zu setzen, wenn bereits die Presse über ein beabsichtigtes Vorhaben berichte.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung. Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Kurt Schmidt
Vorsitzende/r

Diana Grünert
Schriftführer/in